

Posener Zeitung.

Siebenundsechzigster Jahrgang.

Freitag, 11. September
(Erscheint täglich drei Mal.)

1874.

Verantwortlicher Redakteur:
In Posen
ausgegeben in der Expedition
bei Kreyssler (E. H. Meißner & Co.)
Breitenstraße 14;
in Gnesen
bei Herrn Th. Spindler,
Markt- u. Friedländer-Str. 4;
in Gsch bei Herrn F. Strauß;
in Frankfurt a. M.
G. H. Bauer & Co.

Verkaufsstellen:
In Berlin, Hamburg,
Wien, München, St. Gallen,
Königsberg,
in Berlin, Breslau,
Frankfurt a. M., Regensburg,
Wien u. Basel:
Gausche & Pöhlke,
in Berlin:
J. Neumann, Neudammstr.
in Breslau: Emil Kadow.

Preis 2 Sgr. die sechsmonatliche Zeile oder deren
Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die
Expedition zu richten und werden für die am folgenden
Morgen 8 Uhr erscheinende Nummer bis 8 Uhr
Nachmittags angenommen.

Nr. 634.

Das Abonnement auf diese Zeitung wird durch
den Postboten für die Provinz Posen 1 Sgr. 24 Pf.
für den Rest der Provinz 1 Sgr. 24 Pf. 24 Pf.
für den Rest der Provinz 1 Sgr. 24 Pf. 24 Pf.
für den Rest der Provinz 1 Sgr. 24 Pf. 24 Pf.

Die ministeriellen Bestimmungen über Fortbildungsschulen und ihre Bedeutung für die Provinz Posen.

I.

Die Erwartung, welche vielfach gehegt wurde, daß die Einführung der obligatorischen Fortbildungsschule in dem in Aussicht stehenden Unterrichtsgesetz eine Stelle finden werde, scheint sich recht zu erfüllen, obwohl die Wichtigkeit dieser Schulen an höherer Stelle vollkommen erkannt und die Einrichtung und Unterhaltung solcher gefördert wird. Daß auch das Abgeordnetenvorparlament die Fortbildungsschulen zu fördern bereit ist, ergibt sich aus der Bewilligung von 47,000 Thlr für dieses Jahr zur Unterstützung von derartigen Lehranstalten. Wohl mag die Frage noch nicht spruchreif sein, ob durch Landesgesetz die obligatorische Fortbildungsschule einzuführen sei, in welchem Umfang u. s. w. und es kann ja auch die Summe der gemachten Erfolge bisher nur gering sein, so daß ein eventuell zu erreichendes Gesetz vielleicht in Kürze wieder geändert werden müßte. Auch sind in der That die Verhältnisse zu kompliziert, als daß eine definitive Regelung schon jetzt ausführbar sein würde. Sollen diese Schulen, wenn sie gesetzlich eingeführt werden, nur für die Städte in Aussicht genommen werden oder auch für die ländliche Bevölkerung? In welchem Verhältnis sollen sie zu den Kommunen stehen? Wie ist es in Betreff der Schulgebühren und in Betreff Verpflichtung der Lehrer zur Ertheilung des Unterrichts zu halten? Welche Pflichten müssen die Arbeitgeber resp. Eltern und Vormünder übernehmen? Welche jungen Leute sind überhaupt zum Schulbesuch verpflichtet? Welche Ziele sind den Schulen zu setzen? Sollen sie mehr allgemeine Bildungsanstalten oder Fachschulen sein? Die Bedürfnisse dürften auch für die verschiedenen Provinzen sehr verschieden sein, welche allgemeine Normen lassen sich aufstellen? Alle diese Fragen sind noch lange nicht zur Entscheidung reif, da ja die Bewegung für die allgemeine Einführung der Fortbildungsschule erst wenige Jahre alt ist und die gemachten Erfahrungen aus einigen größeren oder gewerblichen Mittelestädten mit verhältnismäßig intelligenter Bevölkerung datiren. Unter dem 17. Juni d. J. hat der Minister Fall Bestimmungen über die Einrichtung von Fortbildungsschulen festgesetzt, und da er unter dem 2. Juli die Regierungen der Provinzen auffordert, Bericht zu erstatten über etwa bestehende ländliche Fortbildungsschulen und deren Einrichtungen, so kann angenommen werden, daß eine gesetzliche Regelung des gesammten Fortbildungsschulwesens zunächst noch nicht zu erwarten steht. Wir wollen in den folgenden Zeilen erörtern, welche Bestimmungen die Verfügung vom 17. Juni trifft, und welche Schwierigkeiten sich der Erfüllung derselben in unserer Provinz entgegenstellen. Nach Hervorhebung der großen Bedeutung, welche die Fortbildungsschulen für die sittliche Tüchtigkeit und für die Erwerbsfähigkeit der heranwachsenden Jugend haben, werden die Regierungen aufgefordert den bestehenden Fortbildungsschulen eine eingehende Sorgfalt zu widmen und zur Errichtung neuer Anstalten Anregung zu geben, damit möglichst in allen gewerblichen Städten Fortbildungsschulen eingerichtet werden. Staatszuschüsse sollen von nun ab nur gewährt werden: 1) Schulen, welche nach einem demnächst zu beschreibenden und von der Regierung genehmigten Plane arbeiten und in denen 2) durch Ortsstatut obligatorischer Schulbesuch eingeführt ist. Da an der Entwicklung der Schulen die Gemeinden Antheil nehmen sollen, so sollen diese zunächst die Sorge für Lokal, Heizung und Beleuchtung übernehmen, ferner einen Zuschuß zur Schule gewähren, dem die Staatsunterstützung höchstens gleichkommen darf.

Von der normaleingerichteten Fortbildungsschule wird sodann eine Gliederung in 2 Stufen, eine Unter- und Oberstufe verlangt, deren jede in mehrere Klassen zerfallen kann. Die Unterstufe hat die Aufgabe, die allgemeine Bildung des Zögling im Hinblick auf seinen Beruf zu fördern; sie umfaßt demnach thnlichst sämtliche Lehrgegenstände der Oberklassen gehobener Volksschulen (ohne die Religion). Die Lehrgegenstände sind sämtlich obligatorisch. Die Aufgabe der oberen Stufe ist die Erhöhung der Gewerbsfähigkeit des Zögling insbesondere. Die Wahl der Lehrgegenstände richtet sich nach den örtlichen Verhältnissen, insofern an dem einen Orte mehr die Ausbildung für das gewerbliche Leben im weiteren Sinne, an einem anderen die Ausbildung für den geschickten Betrieb eines Handwerks im Bedürfnis der Schüler liegen kann. In der ersten dieser letzten beiden Unterabteilungen sind; neben den Disziplinen der Unterstufe Physik, Chemie, Bürgerliches und kaufmännisches Rechnen, Buchführung und Handelskorrespondenz zu lehren (nach Bedürfnis auch fremde Sprachen fakultativ). Für die 2. Unterabteilung (die eigentliche Handwerker-Fortbildungsschule) soll Zeichen der Hauptlehrgegenstand sein und auf denselben möglichst acht wöchentliche Lehrstunden verwendet werden. Die gleiche Stundenzahl ist der Fortsetzung des Unterrichts in den Lehrgegenständen der Unterstufe zu gewähren; insbesondere soll neben Rechnen und Naturwissenschaft vaterländische Geschichte und Literatur Berücksichtigung finden. Von einzelnen Gegenständen der Oberstufe können Dispensationen der Schüler stattfinden. Wo es nicht angeht beide Stufen in abgesonderten Klassen zum Ausdruck zu bringen, sondern nur eine einstufige Schule einzurichten, ist vorzugsweise die Aufgabe der Unterstufe zu erfüllen, doch soll Sorge getragen werden, daß besser vorgebildete Schüler auch zu ihrer Weiterbildung Gelegenheit finden. Für die Einrichtung und Ausstattung der Lehrzimmer und die Beschaffung der Lehrmittel gelten die Bestimmungen für die Volks- und Mittelschulen.

Dies sind in Kürze die erlassenen Bestimmungen. Es wird wohl ohne Weiteres zugegeben sein, daß bis jetzt nur sehr wenig Schulen nach diesem oder ähnlichem Plane arbeiten. In großen Städten, wie

Berlin, Breslau, wo Fortbildungsschulen bereits seit 30 Jahren und länger bestehen und strebsamen jungen Leuten Gelegenheit zur Weiterbildung geben, dürfte manche Bestimmung, die für die Oberklasse getroffen ist, erfüllt werden. Es ist aber dann die Stundenzahl eine viel geringere als sie angenommen wird, intelligente Meister gewähren aus freien Stücken die Zeit, stübsame Lehrlinge suchen die Schule möglichst gut zu benützen. Gleichwohl dürfte die Durchführung dieser Bestimmungen überall auf erhebliche Schwierigkeiten stoßen. Als Norm ist für die Oberstufe eine Stundenzahl von 16 Stunden wöchentlich angenommen, für die Unterstufe ist zwar keine Angabe gemacht, doch nach den empfohlenen Unterrichtsrichtlinien zu schließen, dürfte die Zahl ziemlich ebe so hoch zu rechnen sein. Wann soll der Unterricht nun ertheilt werden? Bisher wurde auch in großen Städten nur Sonntag oder höchstens noch an ein oder zwei Abenden unterrichtet. Da man nirgend besondere Schulhäuser herstellen und besondere Lehrkräfte wird anstellen wollen, so ist der Unterricht in anderen öffentlichen Schulgebäuden zu ertheilen zu einer Zeit, wo diese leer sind. In den meisten Fällen werden die Abendstunden gewählt werden, da das Verlangen, die Lehrlinge etwa um 4 Uhr Nachmittags zur Schule zu schicken, seitens der Meister den beständigen Widerspruch finden würde. Aber länger als zwei Stunden Abendunterricht werden kaum gegeben werden können und so würde man, auch wenn täglich unterrichtet würde, auf 12 Stunden kommen und es blieben noch 4 Stunden für den Sonntag übrig. Aber ist schon diese Forderung, daß der Lehrling jeden Abend 2 Stunden und am Sonntage sogar 4 Stunden in der Schule zubringe, eine unbillige, da auch, wenn der Meister die Thätigkeit des Lehrlings in den Abendstunden nicht beansprucht, man dem Lehrling einige Stunden der Erholung abgeben muß, so kommt noch hinzu, daß meist nach anstrengender Tagesarbeit die geistige Kraft, die die Schule beansprucht, naturgemäß erschöpft. Vielleicht wird es möglich einige Stunden am Mittwoch- und Sonnabendnachmittag u. s. w. von 1—4 Uhr zu erlangen und an den übrigen Tagen den Unterricht Abends zu ertheilen; sicher aber dürften die Meister erheblichen Einspruch erheben um so mehr, wenn der obligatorische Besuch angeordnet wird. Für große Städte ergeben sich wesentliche Schwierigkeiten aus der unabweisbaren Zahl der Lehrlinge und das Budget dürfte eine sehr beträchtliche Mehrbelastung erfahren. Dazu kommt die Schwierigkeit der Kontrolle, zumal die Lehrlinge ihre Lehrherren sehr häufig wechseln. Eine große Schwierigkeit für alle Städte ist die Beschaffung der nöthigen Geldmittel; denn wenn auch der Erlaß des Ministers die Möglichkeit voraussetzt, daß Schulgeld gezahlt werde, so wird dies einerseits nur gering sein können und andererseits wird es eine schwierige Frage zu entscheiden, wer soll die Zahlung desselben leisten? Wollte man wie bei anderen Schulen verfahren, so würden die Eltern zu verpflichten sein, indes wohnen diese oft an sehr entfernten Orten und sind auch oft so unbemittelt, daß sie froh sind, wenn sie mit 14 Jahren die Kinder aus der Schule in die Lehre geben können. Sollen aber die Meister zur Zahlung von Schulgeld angehalten werden, so würde dies unbillig sein. Schon die Zumuthung, den Lehrlingen Zeit zum Schulbesuch zu gewähren, stößt auf großen Widerstand seitens der Meister; verlangt man nun noch Zahlung von Schulgeld von ihnen und Beforgung der Bücher, Schreibmaterialien, so würde die Erbitterung der Meister aufs äußerste steigen und doch ist es wünschenswerth, daß von den Meistern die Fortbildungsschulen gefördert statt gehindert werden. Es ist ja nicht zu verkennen, daß die Meister heute oft in sehr schlimmer Lage sind, besonders in kleinen Städten. Gefallen sind heute sehr schwer zu erlangen und über die, welche sich anbieten, wird die bitterste Klage geführt, daher begnügen sich die Meister oft mit der Annahme einer größeren Zahl von Lehrlingen. Die meisten Lehrlinge brauchen die Schuhmacher und Schneider, aber erfahrungsmäßig ist die Zahl der Kinder aus besser situirten Familien in städtischen Schulen (wo die Kinder doch ein größeres Maß von Wissen im allgemeinen wenigstens sich erwerben), welche sich diesen Handwerken widmen, eine sehr geringe, daher sind die Meister froh, wenn sie Lehrlinge vom Lande aus ganz armen Familien bekommen (von dem Grade der Schulbildung solcher wird weiterhin die Rede sein) und von einer Zahlung von Lehrgeld ist selbstverständlich nicht die Rede. Oft genug verlassen die Lehrlinge nach einiger Zeit den Meister und gehen zu anderen, da leider gesetzlicher Schutz selten angerufen werden kann, und die Vortheile, welche sich der Meister von dem Lehrling dereinst verspricht, verwandeln sich in Nachteile. Daher wird jedes Opfer, welches der Meister für den Lehrling bringen soll, die Unzufriedenheit desselben erregen. Es wird also unumgänglich nöthig sein, daß von einer Schulgeldzahlung ganz Abstand genommen und die Kosten von der Kommune durch höhere Steuern gedeckt werden. Aber auch jede Steuererhöhung wird von den meisten Bürgern schwer empfunden und erzeugt Opposition gegen die ganze Einrichtung. Dazu kommt, daß ein erheblicher Theil der Lehrlinge vom Lande nach der Stadt kommt und für die Schulbedürfnisse dieser, die doch auch meist die Stadt wieder verlassen und das schlechteste Schülermaterial abgeben, zu sorgen, scheint Vielen unnöthig. Wichtig möchte es sein, wenn die Kosten wenigstens zum Theil von den Kreisverbänden getragen würden, denn der Segen eines tüchtigen Handwerkerlandes kommt den Dörfern ebenso zu gut. Davon wird freilich bei uns noch lange nicht die Rede sein können. Einen ferneren Grund, warum die Fortbildungsschule Widerstand findet, habe ich bisher noch nicht angeführt, weil er fast der Provinz Posen spezifisch eigen zu sein scheint. Hier hört man nämlich oft genug von den Meistern den Einwand erheben: wir haben keine Fortbildungsschule besucht und so brauchen auch die Lehrlinge die Schule nicht. Auch will es ihnen nicht in den Sinn, daß der Besuch der Fortbildungsschule ihnen keinen direkten

Schaden an Arbeitskraft bringe. Ja manche sehen es so an, als solle der Lehrling in der Schule Erholung finden (müßig gehen, wie mir oft gesagt wurde), während der Meister bei der Arbeit sitze. Davon, daß der Meister auch für das sittliche Wohl und für die Hebung der intellektuellen Bildung ein Opfer bringen müsse, haben viele Meister keine Vorstellung; sie sehen die Lehrlinge an als Gegenstände, die nach Möglichkeit ausgenutzt werden müssen, damit Ersatz für die Kost und die Bohnung des Lehrlings geschafft werde. Auch davon, daß ihnen ein Lehrling, der in der Schule etwas gelernt hat, in den späteren Lehrjahren durch seine bessere Anstellungsfähigkeit und seine Kenntnisse augenblickliche kleine Verluste reichlich wieder einbringe, lassen sich viele Meister nicht überzeugen. „Ja, aber inzwischen läuft mir der Junge fort,“ ist darauf die Antwort. So lange unser Handwerkerstand durchschnittlich solchen Anschauungen huldig ist, ist auf eine Förderung der Fortbildungsschule durch die Meister wenig zu rechnen.

Wenn also eine Kommune durch Ortsstatut die Einführung des obligatorischen Schulbesuchs beschließt, so ist auf vielen Widerspruch der Meister in der Provinz Posen zu rechnen. Die Kosten müßten zur Hälfte von der Stadt, zur Hälfte von der Regierung, wenn diese sich dazu bereit erklärt, getragen werden. Aber auch so bleiben viele Schwierigkeiten noch zu beseitigen.

Die carlistische Kriegführung und die Guetaria-Affaire.

Der Vorfall von Guetaria ist nunmehr auch offiziell vollkommen bestätigt. Vor allen Dingen ist bemerkenswerth, daß die ministerielle „Provinzial-Korrespondenz“ das kriegerische Intermezzo mit Erwidern des Feuers durch den „Albatros“ als erledigt betrachtet und daß, weiteren amtlichen Mittheilungen zufolge, die deutschen Geschütze erst dann die carlistischen Batterien vor Guetaria beschossen, nachdem man deutscherseits die Ueberzeugung gewonnen hatte, daß dieser Angriff nicht etwa auf einem Mißverständnis beruhe.

Somit wird der Einwand, daß die Offiziere des Don Carlos, welche das Feuer auf den „Albatros“ anordneten, sich in der Rationalität des Schusses geirrt hätten, vollkommen hinfällig, ehe noch die Organe der Neutralität und Legitimität Zeit gefunden, mit demselben zu debattiren. Man eröffnet nicht „aus Mißverständnis“ ein reguläres Feuer auf Schiffe, welche in einer Entfernung von vielleicht 3000 Meter an der Küste vorüberfahren und deren Flaggen die Nationalität so weithin erkennbar macht, wie dies gerade die deutschen thun. Wäre nur ein Schuß abgegeben worden, so könnte man mit mehr Aussicht auf Erfolg die Welt an das Obwalten eines Irrthums glauben zu machen versuchen. Aus der Fassung der oben erwähnten amtlichen Auslassung der „Provinzial-Korrespondenz“ geht aber klar und deutlich hervor, daß das Feuer der Carlisten auf den „Albatros“ ein kontinuierliches gewesen sein muß, denn andernfalls hätte man deutscherseits keine Gelegenheit gehabt, sich davon zu überzeugen, daß hier kein Mißverständnis obwalte.

Die weitere Annahme, daß die carlistischen Geschütze möglicher Weise nur durch Zufall in dem Bereiche unserer Kanonenboote niedergefallen seien, ist so abenteuerlich, daß es sich kaum verlohnt, sie zu widerlegen. Guetaria liegt, westlich von San Sebastian, nicht hart an der Küste des Golfs, während die das Hafensüdchen beschließenden carlistischen Batterien sich in einem Halbkreise von Südwesten nach Nordosten um dasselbe herumziehen. Hieraus folgt, daß die Geschütze, welche ein Feuer auf die Stadt unterhalten, dem Theile des Meeres, welcher zwischen Santander und San Sebastian liegt, nicht die Geschützöffnung, sondern die Proze zulehnen müssen. Der Cours der deutschen Schiffe war also nur dann zu bestreichen, wenn die am meisten westlich posirten Geschütze der Carlisten aufgeproßt und eine volle Wendung zur neuen Feuerlinie ausgeführt hätten.

Abgesehen davon, daß beschossene Truppenabtheilungen oder Schiffe immer sehr gut wissen und in den meisten Fällen auch sehen, wo her sie ihr Feuer bekommen, ist die letzte Ausflucht, daß die Projektile aus zu hoch gerichteten Geschützen des äußersten rechten Flügels der carlistischen Position bei Guetaria ihren Weg über die Enciente des Städtchens und die jenseitigen carlistischen Batterien hinweg nach dem „Albatros“ gefunden hätten, deshalb werthlos, weil die den Carlisten zur Verfügung stehenden Geschütze selbst bei einer Maximal-elevation des Rohres nicht auf circa 9000 Meter (1 1/2 Wegstunden) feuern könnten.

Es bliebe dem Präsidenten Don Carlos, welcher über die Voreiligkeit der Seinigen bei Guetaria nicht gerade erbaut sein dürfte, dann nur noch der Ausweg, sich — wie gestern an anderer Stelle hervorgehoben wurde — zu seiner Entschuldigung auf einen Artikel des Seerechts zu berufen, welcher den Kriegsschiffen einer neutralen Macht verbietet, ohne vorher eingeholte Erlaubnis des betreffenden Hafenkommandanten, oder dessen militärischen Stellvertreter, innerhalb Kanonenschußweite die Küste des fremden Landes zu passieren. Da der edle Präsident natürlicherweise sich selbst als regulären Herrscher Spaniens, seine Truppen mithin als reguläre, dagegen die republikanischen Soldaten als Rebellen betrachtet, so hätte er von seinem Standpunkt aus mit dieser Berufung so Unrecht nicht. Trotzdem er, wüßte ihm — wenn wir diesen Einwand für einen Augenblick gelten lassen wollten — hieraus noch nicht das Recht, sofort auf Schiffe feuern zu lassen, die in augenscheinlich friedfertiger Absicht mit entrollter Flagge den seerechtlich festgesetzten Abstand ihres Courfes von der Küste nicht respektiren. In vorliegendem Falle sind die carlistischen Offiziere, deren Befehl das Rencontre von Guetaria veranlaßte, keineswegs gena u

Frankreich.

Paris, 7. September. Das Ereignis des Tages ist die Mafregelung des „Univers“.

Der General-Gouverneur von Paris, Kommandeur der 20. Militär-Division; in Anbetracht, dass das „Univers“, in seiner Nummer vom 6. September jedes Maß überschreitet, zur Berachtung der bestehenden Regierung durch unerhörte Schmähungen aufreizt, welche geeignet sind, unsere auswärtigen Beziehungen zu kompromittiren, den öffentlichen Frieden stört und der Würde der französischen Presse eine empfindliche Schädigung zufügt.

Dieser Erlaf zeichnet sich gewis nicht durch große Klarheit aus, wenigstens ist aus demselben nicht ersichtlich, dass das „Univers“ gemafregelt worden ist, weil dasselbe einen Artikel seines Chef-Redakteurs über die Anerkennung der spanischen Regierung veröffentlicht hat, in welchem der Chef der Exekutivgewalt Mariscal Serrano in einer ganz unerhörten Weise beschimpft wurde.

Wir erfahren, dass das „Univers“ auf 14 Tage suspendirt ist. Es ist das zweite Mal, dass unser tapferer Kollege zum Stillstehen verurtheilt ist, weil er mit zu großer Freimüthigkeit und in zu glänzender Weise die Stimme gegen die Feinde der Würde und der Größe Frankreichs erhoben hat.

Der offiziöse „Français“ giebt bereits die Note an, welche voraussichtlich morgen die meisten Journale anschlagen werden. Derselbe schreibt:

„Wir erfahren im letzten Augenblicke, dass das „Univers“ auf 14 Tage suspendirt ist. Wenn wir sehen, welche Sprache gewisse auswärtige Blätter angekracht gegen die französische Regierung führen, so fühlen wir durch diesen Vergleich um so lebhafter die schwierige und peinliche Lage, welche dem besiegten Frankreich und denen, die an unserer Spitze sind, bereitet ist.“

Es ist das immer dieselbe Geschichte. Die offizielle Haltung der Regierung ist durchaus korrekt, aber die offiziöse Presse muß dann gleich durch ihre Sprache beweisen, daß man nur „gezwungen“ in korrekter Weise handelt.

dort aufzustellen. Sie müßte aber nicht aus Bronze sondern aus Leuchtentig bestehen. Alljährlich am Saint-Mahon-Tage müßte ein Volksfest gefeiert werden, bei welchem die Vendôme-Säule als Alterthum dient.

Das Baubeville „Die Mormonen in Paris“ veranlaßt Rochefort, einige Anekdoten aus seinen Erinnerungen von seinem Besuche in der Salzseestadt Utah zu erzählen, natürlich mit beizugenden Beziehungen auf Frankreich, seine moralische Ordnung und die Weisheit seiner Regierung.

jedoch von da bald nach dem hiesigen evangelischen Kirchhof, um die Gräber seines hier ruhenden Großvaters und seines Bruders zu besuchen. Später stattete derselbe Herr Rfm. Schuchard einen Besuch ab und verbrachte den Abend in der ihm nahe verwandten Familie des Baron von Hilow in Nieder-Rieder.

Aus Westfalen, 5. September, schreibt man dem „Freff. Z.“: Ein Telegramm des Kanonen-Krösus Alfred Krupp bezüglich des Sedantages hat nicht allein in der Arbeiterbevölkerung, sondern auch in politischen Kreisen böses Blut gemacht.

Bochum, 6. September. Der Redakteur der „Westf. Volksztg.“ war gestern von neuem vor die Schranken des hiesigen Kreisgerichts gefordert:

Am 8. Oktober v. J. hatte das Blatt einen Leitartikel mit der Ueberschrift „Gespräch des Großpoeters von Japan mit einem amerikanischen Journalisten“ gebracht, der sofort nach seinem Erscheinen das lebhafteste und allgemeinste Aufsehen hervorrief, weil er eine so plumpe und gebüßige Verläumdung unseres Reichskanzlers enthielt, wie sie noch kein literarisches Blatt (selbst das „Barische Vaterland“ nicht ausgenommen) vorzubringen gewagt hat.

Strasbourg, 7. September. Die Verordnung, welche die deutsche Sprache als obligatorische Unterrichtssprache in den Elementarschulen einführt, ist nun auch auf die höheren Mädterschulen und Mädchensepionate ausgedehnt worden.

Als 1840 nach dem Boulagner Putzche der Kaiserhof über den Prinzen Louis Napoleon zu Gericht saß, schrieb der in Paris wohnende Verpuell an den Präsidenten Basquier: „Verurtheilen Sie ihn nicht zum Tode. Necken Sie ihm den Kopf, ein Vater beschwört Sie darum.“

Die Bonapartisten müßten ihr Bastardbanner im Stich lassen, wäre es nicht eine Henne mit goldenen Eiern, die sie zurückhält. Welcher Hahn die Henne erzeugt hat, ist ihnen ganz gleich.

Die Gerichtsverhandlungen über Bazaine's Flucht werden bei verschlossenen Thüren geführt, hätte man die Thüren früher verschlossen, so wäre er gar nicht entwischt. Die Gefängnisbeamten in Frankreich geben den Leuten, welche in den Gefängnissen gefesselt werden sollen, wahrlich ein leuchtendes Beispiel von Moral und Blüthtreue.

Rochefort geht zu einer Schilderung des Gefangenwärterpersonals in Neukaledonien über. Diejenigen von diesen früheren Polizeiferganten, welche Weiber mitbringen, genießen gewisse Vergünstigungen, erhalten Ackerland und dergleichen. Viele heirathen daher in Frankreich, ehe sie an ihren Bestimmungsort abgehen, aber da sie schwer anständige Mädchen bekommen, nehmen sie ihre Frauen aus dem Altschaume der Bordell- und Straßenbuben.

chung ihren Ursprung dankt. Wie man aus der Vorrede der Broschüre entnimmt, haben die Protestabgeordneten diesen Rechenschaftsbericht allerdings gemeinsam verfaßt, allein gleich darauf beschloßen, ihn nicht zu veröffentlichen.

Oesterreich.

Wien, 7. September. Der „große Bekannte“, wie sich Ludwig Kossuth zu nennen beliebt, hat es wieder einmal für nöthig befunden, in einer Art Manifest die politische Lage in Ungarn und die Stellung der Parteien zu erörtern.

der Student). Welch heilsamen Einfluß diese moralische Ordnung auf die Deportirten üben muß, versteht sich von selbst.

Auf der Insel St. Margurite, von welcher Bazaine „entpfrang“, werden keine größeren Tugendmuster den Wachdienern versehen. Der interessante Kapitän und Bonapartist Doineau war gerade der rechte Mann dazu, Bazaine aus der Patsche zu helfen.

— Ich wo die Vendôme-Säule bis auf die Krönung wiederhergestellt ist, erhebt sich der wichtige Streit, welche Statue auf derselben angebracht werden soll. Ich schlage vor, die Statue Mac Mahons

